

Der neue Tag

Oberpfälzischer Kurier

Nummer 125

Samstag, 31. Mai 1980

Einzelpreis 80 Pfennig

Gemeinschaft überwindet Krise

Milliardenrückzahlung an Großbritannien – Einigung über die Agrarpreiserhöhung

B r ü s s e l. (dpa) Die Europäische Gemeinschaft hat den seit einem Jahr dauernden Beitragskonflikt mit Großbritannien überwunden und damit eine schwere Vertrauenskrise zwischen London und seinen Partnern verhindert. Nach einer nächtlichen Marathonsitzung einigten sich die Außenminister am Freitag früh darauf, England 1980 und 1981 insgesamt 6,4 Milliarden Mark zurückzuerstatten. Damit wird die „Zahlmeisterposition“ Londons um fast zwei Drittel herabgesetzt. Die Bundesrepublik, die wichtigster Geldgeber der Gemeinschaft bleibt, wird in den beiden Jahren 2,6 Milliarden Mark zusätzlich aufbringen müssen.

Die Einigung, die einer fehlgeschlagenen Gipfelkonferenz der Regierungschefs in Luxemburg folgte, muß allerdings noch von den Mitgliedsregierungen bestätigt werden. Damit erhält die britische Premierministerin

Margaret Thatcher zumindest theoretisch die Möglichkeit, den Kompromiß erneut abzulehnen. Allerdings gingen alle Delegationen in Brüssel, offensichtlich auch der britische Außenminister Lord Carrington, davon aus, daß Frau Thatcher die dann unvermeidliche Krise nicht will und die endgültige Zustimmung der Regierungschefs schon in den nächsten Tagen vorliegen wird.

Damit könnten dann auch die Erhöhung der Agrarpreise für das Wirtschaftsjahr 1980/81 um fünf Prozent fristgemäß am 1. Juni in Kraft treten. Großbritannien wollte sein Veto erst nach einer Einigung über die britische Beitragslast zurücknehmen.

Staatsminister Klaus von Dohnanyi vom Auswärtigen Amt erwartet, daß Finanzminister Hans Matthöfer ihm wegen der hohen Belastung den Kopf abreißen werde. Er gehe nicht als „glücklicher Deutscher“ zurück nach Bonn, aber als „glücklicher Europäer“. Denn ein Scheitern hätte unübersehbare Folgen gehabt. Der italienische Ratspräsident Emilio

Colombo betonte, der „Konsens von Brüssel“ sei deshalb so bedeutend, weil Europa gezeigt habe, daß es seine Schwierigkeiten meistern kann und damit angesichts der internationalen Krisen in der Welt auch wieder wirksam handeln könne.

Die London zugebilligte Rückerstattung von 2,9 Milliarden Mark für 1980 liegt um rund 200 Millionen Mark unter dem Angebot, das Bundeskanzler Helmut Schmid in der Luxemburger Gipfelkonferenz vergeblich Frau Thatcher als Leistung der Gemeinschaft unterbreitet hatte. Dafür bekommt aber Großbritannien eine noch höhere Summe für 1981. Außerdem enthält die Einigung eine konkrete Zusage, daß auch der britische Nettobeitrag für 1982 reduziert wird. Die Kommission wurde beauftragt, Vorschläge für eine Umstrukturierung der Ausgaben 1982 zu formulieren, die der Industrie- und Regionalpolitik der Gemeinschaft zu Lasten der Landwirtschaft neue Impulse geben soll und damit auch Großbritannien helfen würde. Dabei müsse die bisherige Begrenzung der Einnahmen auf ein Prozent der nationalen Mehrwertsteuereinkommen strikt eingehalten werden.

Die Entscheidung über die deutsche Zustimmung fällt am Mittwoch im Kabinett. Paris hat gestern bereits akzeptiert unter dem Vorbehalt, daß dies auch alle anderen tun. London signalisierte Optimismus.

(Dazu ein Kommentar nebenan)

Aktionsfähig, aber . . .

Die vielleicht schwerste Krise der Gemeinschaft wurde vermieden. Die Probleme der britischen Beiträge und der Agrarpreiserhöhungen sind vom Tisch, falls nicht doch noch jemand nein sagt, zum Beispiel die „eiserne Lady“. Frau Margaret Thatcher hat ihren Willen durchgesetzt, für heuer bis auf einen Rest von 200 Millionen Mark; und 1981 wird die Rückzahlung gar noch größer. Sie muß aber akzeptieren, daß das für ihre Partner oft ein schweres Opfer bedeutet, weil sie daheim selbst mit finanziellen Sorgen zu kämpfen haben.

Die Frage, warum es überhaupt so weit kam, ist nur damit zu erklären, daß derlei Auseinandersetzungen zum Ritual des Neunerkclubs gehören, seit er besteht: nächtliche Marathonsitzungen, Zuspitzung der Lage und schließlich der Kompromiß.

Jedenfalls sind jetzt die Regierungschefs frei, sich wieder externen Komplexen zuzuwenden, Iran und Afghanistan, obwohl sie gerade dabei keine glückliche Hand bewiesen. Der italienische Ratspräsident Emilio Colombo betonte, Europa habe erneut seine Aktionsfähigkeit bewiesen. Gewiß, aber wenn daraus keine Solidarität erwächst, ist sie nur halb so viel wert. Im Innern kann diese Aussage bestätigt und begrüßt werden, nach außen hin ist zumindest ein Fragezeichen dahinter zu setzen. Das ist bei aller Freude über die Einigung als negatives Faktum zu bedauern. **Hermann-Joseph Konze**

Papst in Paris

Empfang auf den Champs-Élysées

P a r i s. (dpa) Papst Johannes Paul II. ist am Freitagabend mit über einstündiger Verspätung wegen einer Reifenpanne am Sonderflugzeug in Frankreich eingetroffen, wo er bis Montagabend die Hauptstadt Paris und den Wallfahrtsort Lisieux in der Normandie besuchen wird. Auf dem Flughafen Orly wurde er von Premierminister Raymond Barre und den beiden Kardinälen Roger Etchegaray aus Marseille und Francois Marty aus Paris erwartet.

Auf der Prachtstraße, den Champs-Élysées, hatten sich inzwischen rund 300 000 Menschen eingefunden, um zusammen mit Staatspräsident Valéry Giscard d'Estaing und der französischen Regierung das Oberhaupt der katholischen Kirche trotz regnerischen Wetters zu empfangen. Der Papst unterstrich die Achtung der Katholiken vor den Andersgläubigen. In der Antwortrede auf die Begrüßung durch Staatspräsident Valéry Giscard betonte er: „Wenn die Kirche für sich selbst die Religionsfreiheit beansprucht, dann ist es normal, daß sie auch die Überzeugungen der anderen achtet.“ Johannes Paul II. spricht auch vor der Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur der Vereinten Nationen (Unesco).

Für Respekt vor fremden Kulturen

Abschluß des internationalen Symposiums – Alexander aus Südafrika dabei

B o n n. (dpa) Bundeskanzler Helmut Schmidt hat am Freitag in Bonn nachdrücklich die Politik des kulturellen Austausches statt eines Kulturexports bekräftigt. In einer Rede zum Abschluß eines viertägigen Symposiums mit Vertretern von über 50 Nationen, vor allem aus der dritten Welt, forderte er „Respekt vor fremden Kulturen“.

Die festliche Schlußveranstaltung war in Anwesenheit des Staatspräsidenten von Senegal, Leopold Sedar Senghor, und des südafrikanischen farbigen Bürgerrechtlers Dr. Neville Alexander, der nach Intervention Bonn aus südafrikanischer Haft entlassen worden war und so wenigstens am Ende des Symposiums teilnehmen konnte. Von Bewegung übermannt dankte er dem Auswärtigen Amt für dessen Bemühungen und gedachte in wenigen Worten seiner inhaftierten Freunde.

Der Bundeskanzler plädierte, bei aller kulturellen und politischen Vielfalt in Europa, für „einen gemeinsamen Grundrhythmus, der uns den Frieden erhalten und unserer Stimme in der Welt Gehör verschaffen wird.“ Die Euro-

päer könnten auf ihre Kultur stolz sein und „auch unseren deutschen Beitrag können wir durchaus vorzeigen“. Die europäische Kultur soll aber niemand aufgezwungen werden.

Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident, Dr. Bernhard Vogel, setzte sich nachdrücklich dafür ein, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, den Kulturaustausch als vertrauensbildende Maßnahme zwischen den Völkern einzusetzen. Die auswärtige Kulturpolitik könne in Europa ebenso wie zwischen Ost und West und zwischen Nord und Süd Verständigung und Frieden fördern.

Staatspräsident Senghor würdigte die Hilfe der Bundesrepublik bei der kulturellen Entwicklung der afrikanischen Länder und deren Kultur. „Aus diesem Grunde sollten wir ihre Zivilisationswerte assimilieren und sie die unseren, um die Welt des 21. Jahrhunderts aufzubauen: Eine reichere Welt, somit eine humanere Welt, die sich aus ergänzenden Werten verschiedener Zivilisationen zusammensetzt“.

(Seite 2: Von Dschingis-Khan . . .)

Dreiunddreißig Verfahren

Auch private Filme in Bremen ausgewertet

B r e m e n. (dpa) Nach den Krawallen beim Rekrutengelöbnis Anfang Mai im Bremer Werderstadion hat die Staatsanwaltschaft bisher 33 Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Sie richten sich gegen „bereits erkannte Täter“. Bisher ist noch nicht das gesamte Beweismaterial aus Fotografien und Filmen ausgewertet. Auch Privatpersonen haben Fotos und Filme für die Ermittlung zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus hatten die Erkennungsdienste Aufnahmen gemacht.

Verbindung wird ausgebaut

Zwischen der Sowjetunion und Afghanistan

N e u - D e l h i. (upi) Afghanistan und die Sowjetunion haben in Kabul eine Vereinbarung über den Ausbau der Straße über den Salang-Paß unterzeichnet.

Sie ist die Hauptverbindungsline zwischen beiden Ländern, über die Moskau nach dem Einmarsch wichtige Nachschubgüter transportierte.

Wörner kritisiert Schwäche der Europäer

Exklusivinterview mit dem Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses – Lob für Oberpfälzer

Von unserem Redaktionsmitglied Hans Klemm

W e i d e n. (Eigenbericht). Ein entschlossenes Auftreten Westeuropas und der Vereinigten Staaten gegen die Expansionspolitik der Sowjets fordert Manfred Wörner, Vorsitzender des Verteidigungsausschusses im Bundestag. In einem Interview mit Redakteuren unserer Zeitung wies er auf eklatante Fehler des Westens nach dem Einmarsch in Afghanistan hin: „Europa hat nichts getan, was Moskau davon abhalten könnte, in einigen Jahren ins nächste Afghanistan einzufallen“.

Umfassende und geschlossene Sanktionen hätten den Kreml weit härter getroffen, als er bereit sei, zuzugeben. Jetzt aber, nach dem Abklingen der ersten Empörung über die Invasion, müsse er geradezu triumphieren. Selten sei die Kluft zwischen Amerika und Europa so sichtbar gewesen wie heute. Wörner deutlich: „Angesichts unserer Schwäche wären die Sowjets töricht, wenn sie ihre Machtpolitik nicht fortführten.“

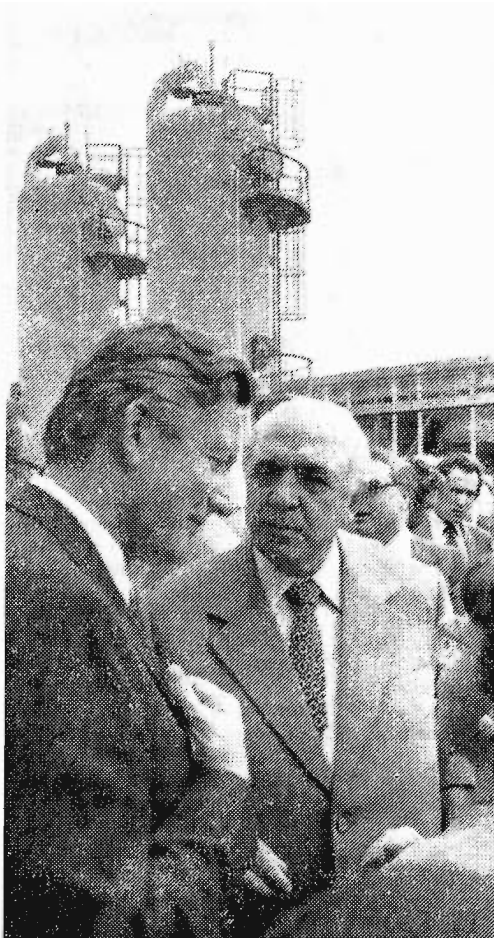
Der Wehrexperte der Unionsparteien sieht hier Parallelen zu den dreißiger Jahren. Damals hätte Adolf Hitler seine Machtansprüche gegen Frankreich und England 1938 nur durchgesetzt, weil Eduard Daladier und Neville Chamberlain in München „um des lieben Friedens willen“ nachgegeben hätten. Heute begingen die Regierungen des Westens denselben Fehler: „Mit Schwäche sind die Sowjets nicht zu beeindrucken“.

Wörner unterstellte dem Warschauer Pakt nicht, er wolle einen Krieg in Mitteleuropa. „Die sind keine Abenteurer. Sie kalkulieren das Risiko“. Während die Nato aber ihr militärisches Potential in der Phase der Entspannung reduziert habe, sei das des Ostens um das Doppelte gewachsen. In der dritten Welt hält Wörner Konfrontationen für möglich, nicht aber auf dem Gebiet der Bundesrepublik, allerdings unter einer Bedingung: Der Wille zur Verteidigung dürfe nicht weiter sinken. „Frieden und Freiheit sind nichts Selbstverständliches. Eine Armee ist nur so gut wie die Verteidigungsbereitschaft der Bevölkerung“, erklärt Wörner. Und gerade da sieht der mögliche Verteidigungsminister in einem Kabinett unter Franz Josef Strauß bedenkliche Entwicklungen. Nur allzu schnell habe der Bundesbürger den Afghanistanchock vergessen und sei zur gewohnten Tagesordnung

zurückgekehrt. „Sicherheit haben wir nicht dem guten Willen der Russen zu verdanken, sondern unserer Abwehrbereitschaft“.

Wörner schlägt deshalb keinen Wehrkundeunterricht à la DDR vor, aber gezielte Aufklärung schon an den Schulen. Nur die Überzeugung, der Dienst in der Bundeswehr garantiere die Freiheit, könne verhindern, daß Moskau in zunehmendem Maße die Handlungsfähigkeit Westeuropas lähme. Eben dieses Bewußtsein sieht Wörner schwinden. „Schon der Nachrüstungsbeschuß der Nato war schwer durchzusetzen und ist noch gar nicht verwirklicht“. Bundeskanzler Helmut Schmidt kreierte Wörner einen „schleichenden Kurswechsel in Richtung Neutralität“ an. Nur Schulter an Schulter mit den Vereinigten Staaten sei der Herausforderung des Ostens zu begegnen. „Dieses Bewußtsein darf nicht verkümmern, sonst gewinnt der Kreml die Auseinandersetzung, ohne einen Schuß abzugeben“.

Abschließend ein Lob für die Oberpfälzer: „Ereignisse wie in Bremen wären hier undenkbar“. Die Bevölkerung habe ein enges Verhältnis zu den Streitkräften.



IN EINEM EXKLUSIVINTERVIEW mit unserer Zeitung bei der Inbetriebnahme der WAGME-GAL-Pipeline in Baumgarten bei Wien betonte der Minister für Gasindustrie der Sowjetunion, Sabit A. Orudschew (Mitte), die grundsätzliche Bereitschaft der Sowjetunion, den persischen Lieferstopp durch zusätzliche 45 Milliarden Kubikmeter Erdgas pro Jahr für Westeuropa auszugleichen. Bisher lieferte Moskau pro Jahr 21 Milliarden Kubikmeter nach Westeuropa, davon zehn Milliarden in die Bundesrepublik (Sonderseite in dieser Ausgabe). Bild: Horst Homberg